

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

126 (2.6.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3600 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltner, 68, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Kellamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 126

Samstag, den 2. Juni 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz wurde die Generaldebatte fortgesetzt und auf Dienstag vertagt, um eine Einigung zu ermöglichen, nachdem sich die Lage erheblich verschärft hat.

Englische Stimmen sprechen von einem Scheitern der Abrüstungskonferenz. Außenminister Simon fährt nach London zurück, Krise im englischen Kabinett und der Rücktritt Macdonalds werden vorausgesetzt.

In den Genfer Vorbereitungen wurde eine Einigung über die Saarabstimmung erzielt.

Die Sechsmächtegruppe der Neutralen machte in Genf positive Vorschläge zur Abrüstungsfrage.

In der Hauptauschuhführung der Abrüstungskonferenz machte die Sechsmächtegruppe neue positive Vorschläge. Außenminister Beck legte in einer längeren Rede den Standpunkt der polnischen Regierung dar und lehnte Litwinows Vorschläge ab. Der Hauptauschuh vertagte sich auf Mittwoch. Eine große Zahl von Anträgen ist eingebracht worden.

Präsident Roosevelt hat eine Schulden-Botschaft erlassen, in der er erneut betont, daß die Reparationszahlungen keinerlei Beziehung zu den Kriegsschulden der Alliierten hätten.

Abschied für Obergruppenführer Joseph Wasmser, Führer der SA-Brigade 54

Als ich im Herbst 1931 als Führer der damaligen SA-Untergruppe Baden die erste SA-Führerschule der Gruppe Südwest errichtete, suchte ich durch eine Zeitungsanzeige im „Börsenbeobachter“ einen Führer und Ausbilder für diese Schule. Unter der großen Zahl der Bewerber fiel der damalige Feldwebel des 19. Infanterieregiments, Joseph Wasmser, durch seine hervorragenden militärischen Zeugnisse und den klaren und knappen Stil seines selbstgeschriebenen Lebenslaufes auf. Die Wahl fiel auf Wasmser. An einem regnerischen Novemberabend meldete er sich in einer halbzerfallenen Schwarzwaldhütte zur Dienstleistung. Ich übergab ihm die Hütte mit dem Auftrag, ein würdiges SA-Heim daraus zu machen. Wasmser sah sich alles an, stellte wenig Fragen, ging an die Arbeit und leistete Vorbildliches. So war keine ganze Art: Nichts aus sich zu machen, bescheiden und einfach, dabei aber voll männlicher Kraft, treu, wahr und klar. Überall da stand er, wo gekämpft wurde und wo etwas zu schaffen war. Und wo er war, da fühlte jeder, Vorgesetzter und Gefolgsmann, daß die Sache in guten und starken Händen lag.

Nun er von uns gegangen ist, wird er überall da fehlen, wo gekämpft und gearbeitet wird. Allen wird er fehlen, mir, dem Führer der Gruppe, und dem jüngsten SA-Mann seiner Brigade, dem er der beste Kamerad war. Er ist uns unerfesslich und wir alle schämen uns nicht unseres tiefen Schmerzes. Ein Trost uns bleibt: Er ist, wie er lebte, als Soldat in Erfüllung seiner Pflicht und als leuchtendes Vorbild für die Zurückgebliebenen.

Leb wohl, Du guter Kamerad, wir vergessen Dich nie und nimmer!

Der Führer der SA-Gruppe Südwest,
(gez.) Rudin, Gruppenführer.

Vierteljahrbericht der Deutschen Reichspost

Weitere Zunahmen der Zahl der Rundfunkhörer

Berlin, 1. Juni. Die Deutsche Reichspost veröffentlicht heute den Bericht über das vierte Vierteljahr des Rechnungsjahres 1933 (Januar bis März 1934). Die bereits im Vorvierteljahr festgestellte allgemeine Belebung des Verkehrs hat erfreulicherweise auch im Berichtsvierteljahr angehalten und zu einer beachtenswerten Steigerung des Verkehrs geführt. Fast überall sind die Verkehrszahlen des Vorjahres erreicht und überschritten worden. Auf allen Gebieten des Post- und Fernmeldewesens konnten im Jahr- und Auslandsverkehr wieder zahlreiche Verkehrs- und Betriebsverbesserungen durchgeführt werden. Davon sind besonders zu erwähnen die Eröffnung des regelmäßigen Luftpostverkehrs nach Südamerika auf der Linie Stuttgart-Bahthurn (Britisch-Gambia)—Stützpunkt Dampier, Westfalen—Natal (Brasilien)—Rio de Janeiro—Buenos Aires, ferner die Eröffnung des Fernsprecheverkehrs mit Paraguay die Einführung des Schiffsbrieftelegrams im Seefunkdienst und Hebermittlung von Rundfunkdarbietungen nach Afrika, Ostasien und Südamerika.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer hat sich im Berichtsvierteljahr um 372 148 auf 5 424 755 erhöht, während im gleichen Zeitraum des Vorjahres der Zugang nur 225 140 betrug. Im Vierteljahr Oktober bis Dezember 1933 sind 187, in der Zeit von Januar bis März 1934 176 Personen wegen der Errichtung oder des Betriebs nicht genehmigter Funkanlagen rechtssträflich verurteilt worden.

Saarabstimmung am 13. Januar 1935

Einigung bei den Genfer Vorbereitungen über die Saarabstimmung

Genf, 1. Juni. In später Stunde des Donnerstag wurden nach mehrstündigen Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschlands, Italiens und Frankreichs Formulierungen für die Lösung der Abstimmungsfrage im Saargebiet festgelegt, die den Regierungen Deutschlands und Frankreichs zur Beschlußfassung übermitteln werden sind.

Von den Berliner Regierungskreisen wird die Lage eingehend geprüft. Die Entscheidung darüber, ob die Reichsregierung die Vorschläge annimmt oder ablehnt, ist bis zur Stunde noch nicht gefallen. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Franzosen bis zur letzten Stunde verhandelt haben, die Verhandlungen über die Volksabstimmung im Saargebiet mit Bedingungen zu belasten, für die jede Rechtsgrundlage fehlt. Der Abstimmungstermin soll für den 13. Januar 1935 vorgezogen sein.

Einigung in der Saarfrage

Genf, 1. Juni. In den Freitag-Abendstunden ist die Einigung über die Saarfrage erzielt worden. Die Abstimmung wird am 13. Januar 1935 stattfinden.

Die Abrüstungs-General-Ausprache

Henderson schlägt Vertagung der Hauptauschuhberatungen bis Dienstag vor

Genf, 1. Juni. Zu Beginn der Freitag-Sitzung des Hauptauschuhes der Abrüstungskonferenz gab Präsident Henderson eine Erklärung ab, in der er auf die äußerst kritische Lage der Konferenz hinwies und vorschlug, nach Anhörung der drei noch auf seiner Liste stehenden Redner die Ausprache bis zum Dienstag nächster Woche zu unterbrechen, damit in der Zwischenzeit eine Einigungsmöglichkeit gefunden werde.

Henderson führte aus, er glaube, daß die gegenwärtige Lage der Konferenz bedenklicher sei, als jemals seit Beginn der Konferenz. Die Schwierigkeiten könnten nicht dadurch überwunden werden, daß man hier zusammenkomme und lediglich Reden halte. Die bisherigen Reden hätten bereits weitgehende Meinungsverschiedenheiten ergeben. Am Montag nachmittag solle das Konferenzpräsidium zusammentreten, nachdem die Mitglieder des Hauptauschuhes während des ganzen Wochenendes Zeit zum Überdenken der Lage gehabt hätten. Er hoffe, daß es dann möglich sei, einen Weg zu finden, auf dem man vorwärts komme. Es sei wohl kein Delegierter hier, der nicht wünsche, daß die Konferenz einen vollen Erfolg bringe. Aber dazu sei es notwendig, daß man in den einzelnen Punkten gegenseitig nachgibt, daß man sich verständigt und diese Verständigung in die Form eines Abkommens bringe. Henderson schloß mit einem Appell an den guten Willen und die lokale Mitarbeit aller Delegierten. Seine Erklärung wurde mit Händeklatschen aufgenommen, an dem sich allerdings der französische Außenminister Barthou nicht beteiligte.

Als erster Redner in der Generaldebatte der Abrüstungskonferenz sprach

der polnische Außenminister Beck.

Er wies einleitend darauf hin, daß die gerechten Verhandlungen zwischen einer beschränkten Zahl von Mächten außerhalb des Organismus der Abrüstungskonferenz Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Mächten offenlegen hätten, die innerhalb der Konferenz einen Pessimismus hervorgerufen hätten, den niemand beschreiben könne. Die polnische Regierung hat an diesem Gedankenaustausch nicht teilgenommen und kann daher auch in keiner Weise sich gebunden fühlen durch die Lösungen, die in dieser oder jener Phase der Verhandlungen vorgeschlagen worden sind. Es wäre daher auch schwierig für mich, in eine genauere Analyse über die Vorgesprachen einzutreten, und ich will mich daher auf einen allgemeineren Standpunkt stellen. Der polnische Außenminister ging dann zur Rede des russischen Volkskommissars Litwinow über. Er erkannte das Bemühen Litwinows, um die Sicherung des Friedens an, knüpfte daran aber noch folgendes Bemerkten: Es ist schwer zu glauben, daß wir diese Konferenz damit beauftragen könnten, die schon an und für sich mit den größten Schwierigkeiten kämpft, um begrenzte Aufgaben zu erfüllen, die ihr durch den Völkervand aufgetragen sind. Im Anschluß hieran legte Beck den Standpunkt der polnischen Regierung dar. Die polnische Regierung habe unter sorgfältiger Berücksichtigung des eigenen Zieles der Konferenz sich während deren ganzer Dauer enthalten, das Budget der nationalen Verteidigung anders abzuändern als in dem Sinne einer Verringerung. Sie habe so ihren Willen betätigt, in keiner Weise ihre militärischen Anstrengungen zu erhöhen. In dieser Weise hätte Polen seinen Willen bewiesen, zu dem hauptsächlichsten Ziel der Konferenz beizutragen. Was die verschiedenen ihr vorgelegten oder beiprochenen Pläne betreffe, so sei die polnische Regierung stets der

Meinung gewesen, daß die Entschlüsse einer so großer Versammlung aus so verschiedenartigen Staaten zusammengeleitet seien, unbedingt einen sehr einfachen und klaren Charakter haben und jede Kompliziertheit vermeiden müssen, die sie schwächen oder sogar unwertbar machen könnten. Dann fuhr Beck fort: Mit Unruhe haben wir im Laufe unserer Arbeiten hier immer wieder die Tendenz beobachtet, unsere Debatte auf neue Gebiete auszudehnen, die sich immer mehr von denjenigen entfernten, auf die sich die Konferenz im Einklang mit ihrer Aufgabe eigentlich beschränken mußte. Nach unserer Meinung können wir konkrete Ergebnisse nur dann erreichen, wenn wir uns nach und nach mit den Problemen beschäftigen, die geeignet sind, die einstimmige Zustimmung aller Staaten zu finden.

Zum Schluß gab dann Beck im Namen seiner Regierung folgende Erklärung ab: „Indem ich die leitende Idee, die die polnische Regierung von Beginn der Konferenz an befolgt hat, wieder aufnehme, kann ich versichern, daß Polen auf dem Gebiet der Verminderung und Begrenzung der Rüstungen alle Maßnahmen annehmen wird, die einen allgemeinen Charakter haben und die auf alle Staaten angewendet werden.“

Erklärung der Sechsmächte-Gruppe

Nach dem chinesischen Delegierten Wellington Koo, der unter Hinweis auf das Schicksal seines Landes ein Schlüssel der Sicherheit als Voraussetzung der Abrüstung forderte, sprach der schwedische Außenminister Sandler. Er erklärte u. a., es sei unmöglich, jetzt unter den verschiedenen Gesichtspunkten der Rüstungsbeziehung zu einem alle Rüstungskategorien umfassenden Abkommen zu gelangen. In aller Welt werde aufgerüstet und es sei eine wichtige Aufgabe der Konferenz, diese tatsächliche Aufrüstung mindestens zu regulieren. Die Abrüstung wäre das beste Mittel, um die Gleichberechtigung herzustellen. Unter den jetzigen Umständen könne und müsse immer noch ein entscheidender Schritt zur kontrollierten Gleichheit getan werden. Er vertrete sehr gut, daß ein Volk sich entschließen müsse, wenn es in einem Zustand minderen Rechts gehalten werde. Hinsichtlich der Sicherheitsfrage wäre es zweckmäßig, die Kräfte auf einen Punkt, nämlich auf die Ausführungsgarantien, zu richten.

Schweden würde keine neuen Verpflichtungen hinsichtlich der Sicherheit übernehmen, wenn nicht effektive Abrüstungsmaßnahmen eingeleitet würden. Nur eine allgemeine Abrüstung würde am Ende ein Sicherheitsregime für alle bedeuten.

Im Anschluß hieran verlas Sandler eine gemeinsame Erklärung der dänischen, niederländischen, norwegischen, schwedischen, schweizerischen und spanischen Delegation über das Memorandum dieser Länder vom 14. April 1934. In der Erklärung wird betont, daß diese Länder an der damals dargelegten Auffassung, vor allem hinsichtlich der Abrüstung, der Sicherheit und der Gleichberechtigung festhalten. Auf dieser Grundlage unterbreiten sie dem Hauptauschuh u. a. folgende Erwägungen:

Ein Sonderkomitee soll beauftragt werden, unverzüglich die Frage der Ausführungsgarantien der künftigen Konvention zu prüfen. Das Präsidium soll unverzüglich die Frage der Errichtung einer wirksamen Kontrolle über den Handel und die private und staatliche Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial erwägen. Das Präsidium soll aufgefordert werden, sobald wie möglich den Text des Vertragsentwurfes vom 27. Januar 1933 einschließlich der vom englischen Außenminister in seiner Rede vom 30. Mai erwähnten Probleme, nämlich des chemischen Krieges, der Offenlegung der Rüstungsausgaben, der Einigung einer ständigen Abrüstungskommission sowie des Waffenhandels zu revidieren. Besonders zu berücksichtigen sei u. a. ein vorbehaltloses Verbot des Luftbombardements und jegliche Vorbereitungen dazu, die Zerstörung einer für jeden Staat zu bestimmenden Anzahl derjenigen Flugzeuge, die nach dem britischen Entwurf verboten werden sollen, dann die Prüfung der Maßnahmen zur Verhinderung der Verwendung der Zivilluftfahrt zu militärischen Zwecken, Zerstörung der Kampfwagen und der schweren Landartilleriegeschütze. Angesichts der Notwendigkeit, so heißt es dann weiter, jeden interessierten Staat zu befragen und angesichts der Tatsache, daß Deutschland an den Arbeiten der Konferenz nicht teilnimmt, soll das Präsidium ermächtigt werden jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, die es ihm ermöglichen würde, diesen Entwurf hinsichtlich aller Staaten zu ergänzen. Außerdem soll es Sache des Präsidiums sein, den Hauptauschuh zu jeder Zeit einzuberufen, damit er endgültige Beschlüsse fassen.

Der sowjetrussische

Volkskommissar Litwinow,

der sich nach Sandler zum Wort meldete, führte u. a. aus, die Delegierten, die nach ihm gesprochen hätten, hätten nichts vorgebracht, was seinen Vorschlägen zuwiderlaufe oder sie erschweren könnte. Litwinow sprach zum Schluß von einem Frieden der Solidarität und der gegenseitig verbürgten Sicherheit und stellte den formellen Antrag, die gegenwärtige Konferenz jetzt schon in eine Friedenskonferenz umzuwandeln und in Permanenz zu erklären.

Dann legte der

türkische Außenminister Tewfik Rüşüki Bey

einen Entschlussesentwurf vor, dem sich Titulescu für die kleine Entente und Marimos im Namen der Mitglieder der

Balkanpakt angeschlossen. Dieser Entwurf schlägt u. a. vor, daß die Konferenz Protokolle über die Frage des chemischen Krieges, die der Offenlegung der Rüstungsausgaben und über die Frage der sofortigen Schaffung einer ständigen Abrüstungskommission auszuarbeiten solle. Ferner solle die Konferenz sich unverzüglich mit den gesamten Fragen der Sicherheit beschäftigen, um möglichst bald zu einem Abkommen über die Herabsetzung und Beseitigung der Rüstungen zu gelangen. Das Präsidium solle zu diesem Zweck einen Sonderausschuß einsetzen.

Sir John Simon will Genf verlassen

Genf, 1. Juni. Die als möglich angekündigte Abreise Sir John Simons aus Genf ist, wie von englischer Seite mitgeteilt wird, nunmehr endgültig beschlossen. Da dieser Entschluß unmittelbar nach dem vom französischen Außenminister Barthou für Sir John Simon veranlasseten Frühstück bekanntgegeben wird, wird vermutet, daß eine englisch-französische Verständigung sich als unmöglich erwiesen hat. Nur ganz neue Tatsachen könnten, so wurde unter der Hand erklärt, den Entschluß des englischen Außenministers noch rückgängig machen.

Barthou reist nach London, Sir John Simon nach Paris. London, 2. Juni. Nach einer Neuentdeckung aus Genf vom Freitagabend teilte der französische Außenminister Barthou mit, daß er infolge seines „sehr angenehmen“ verlaufenen Zusammenkommens mit Sir John Simon am Freitag hoffe, demnächst London zu besuchen. Dieser Reise werde ein Besuch des britischen Staatssekretärs in Paris vorangehen.

Simon aus Genf abgereist

London, 1. Juni. Wie Reuters aus Genf meldet, ist der britische Staatssekretär für Auswärtiges, Sir John Simon, am Freitag aus Genf abgereist. Er wird am Samstag in London eintreffen, um an den am Montag aus Anlaß des Geburtstages des Königs stattfindenden Feierlichkeiten teilzunehmen. Eden wird in Genf Leiter der britischen Abordnung bleiben.

Rundfunkrede Edens aus Genf

Ein vielstimmiger Bericht

London, 1. Juni. Der Lordsegelebewahrer Eden hielt am Donnerstagabend von Genf aus eine Rundfunkrede, in der er sagte, die Hoffnungen auf eine erfolgreiche Beendigung der Abrüstungskonferenz, die bereits vorher schwach gewesen seien, seien nach Schluß der Sitzung am Mittwoch noch geringer geworden. In den 18 Monaten, in denen er, Eden, an der Konferenz teilgenommen habe, seien viele Nebensächlichkeiten und einige kritische Augenblicke zu verzeichnen gewesen, aber niemals seit Beginn der Konferenz seien die Aussichten so schwarz gewesen wie jetzt. Eden fügte hinzu, er habe eine düstere Schilderung der Aussichten gegeben, aber es sei ihm nichts anderes übrig geblieben, wenn er offen sprechen wollte. Man müsse die tatsächliche Lage ins Auge fassen, und diese sei so, daß ein allgemeines Abkommen im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei, wenn weder Frankreich noch Deutschland (!) ihre letzten Erklärungen abänderten. Wenn sich in den nächsten Tagen eine Gelegenheit bieten sollte, die Schwierigkeiten zu überwinden, so werde sie von der britischen Delegation mit Eifer ausgenutzt werden.

England rechnet mit dem Ende der Abrüstungskonferenz

London, 1. Juni. Die Meldungen der englischen Blätter aus Genf sind in pessimistischem Tone gehalten; sie bezeichnen es als fast unvermeidlich, daß das Ende der Abrüstungskonferenz bevorsteht. An diesen Erwartungen ändern auch nichts die Nachrichten von den „tapferen Bemühungen“ der kleineren Mächte, die die Denkschrift vom 14. April verfaßt haben, also Spanien, die Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark. Daß man auch in Kreisen der britischen Delegation in Genf sehr stark damit rechnet, daß ein Scheitern der Konferenz schwerlich vermieden werden könne, geht aus der gestrigen Genfer Rundfunkansprache des Lordsegelebewahrers Eden hervor. Besonders auffällig erregt natürlich der Umstand, daß der bisher immer optimistische Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, ähnliche Äußerungen getau hat. Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph“ jagt in seinem Bericht, es herrsche eine Art Verzweiflung. Allerdings verläute in Genf, daß die sogenannten neutralen Mächte heute ein Abkommen vorschlagen würden. Angeblich würden die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion diesen Vorschlag unterstützen.

Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62

(Nachdruck verboten)

17) Gladys kleidet sie sich an und plaudert heiter mit Conchita, da klopf es. „Herein“ ruft Gladys und wieder tut ihr Herz den kleinen schnellen Schlag wie damals in der Reitbahn, als sie ihn zuerst sah. Es ist aber nur der alte Klapprott, der mit respektvoller Verneigung meldet: „Herr Baron lassen fragen, wenn er Frau Baronin zum Frühstück erwarten kann?“

„Ach komme sofort!“, sagt Gladys und beendet in fliegender Eile ihren Anzug. Dann läuft sie die Treppe hinab. Der Frühstückstisch ist auf der Terrasse gedeckt, Stephan sitzt wartend da und liest die Zeitung. Als er ihre Schritte hört, blickt er auf: „Mein Gott, wie kann man nur zu diesem Teint ein so unmögliches Blau tragen“, denkt er, dann erhebt er sich und berührt nach dem Handkuß leicht mit den Lippen ihre Stirn. Das ist der einzige Unterschied gegen die Zeit, da sie Gladys MacCatrid hieß.

Er ist vollkommen unbefangen. Von Liebe ist nie gesprochen worden, und Gladys' Zurückhaltung war die beste Bestätigung für Lilians Behauptung, daß es ihr lediglich um den Namen zu tun sei. Er versteht das zwar immer noch nicht ganz. Mit einem gleichgültigen Menschen eine, wenn auch äußerliche Gemeinschaft eingehen, nur um nachher ein Wappen mit siebenzackiger Krone als Monogramm zu haben — aber Amerikanerinnen sollen manchmal so ein bißchen merkwürdig sein. Und schließlich gab es wohl kein besseres Mittel, Brebedes Argwohn zum Schweigen zu bringen, nur — diese fremde Frau so als spanische Wand benutzen — Lilian zwang ihn doch immer zu Dingen, die ihm verdammt wenig lagen.

Dies waren so seine Gedanken, während er sich höflich mit seiner Frau unterhielt. Er fragte, wie sie die erste Nacht im Fernhof geschlafen habe und ob sie mit ihren

Der Reichszentralrat beim Reichspräsidenten

Berlin, 1. Juni. Reichspräsident von Hindenburg empfing Freitag nachmittag den Reichszentralrat Adolf Hitler zu einer Besprechung schwebender politischer Fragen.

Empfang des Präsidenten der nationalen italienischen Filmgesellschaft durch den Reichszentralrat

Berlin, 1. Juni. Reichszentralrat Adolf Hitler empfing in Anwesenheit des Reichsministers Dr. Gäßbels am Freitag den Präsidenten der Luce (Nationale italienische Filmgesellschaft), Ezzelezzu Palucci, der von dem Präsidenten der Reichsfilmkammer, Scheuermann, begleitet war.

Die Neuerungen der Reichsverkehrsordnung

Inkrafttreten der neuen Bestimmungen am 1. Oktober

Zu dem Erlaß einer Reichsverkehrsordnung liegen jetzt mehrere Einzelheiten vor. Um alle Mißverständnisse zu vermeiden ist zu bemerken, daß die neue Verordnung erst am 1. Oktober 1934 in Kraft tritt und daß bis dahin für den nichtmotorischen Straßenverkehr das Landesrecht in Kraft bleibt. Nach diesem Zeitpunkt fallen jedoch alle Landesverordnungen, die den Verkehr betreffen, fort.

Als wesentliche Neuerungen sind vom Reichsverkehrsministerium im Laufe der einjährigen Arbeit an dieser Reichsverkehrsordnung folgende verüßt worden: Es gibt keine zahlenmäßig festgelegte Höchstgeschwindigkeit mehr, sondern es hat sich jeder Fahrzeugführer nach der Generalklausel zu richten, daß er niemanden schädigen, behindern oder belästigen darf. Für Kraftfahrzeuge die nicht luftbereit sind, bleibt jedoch eine Höchstgeschwindigkeitgrenze. Ferner ist eine Führererscheinfreiheit für alle Kraftfahrzeuge bis zu 20 Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeit daneben bleibt aber die seit mehr als zehn Jahren geltende Führererscheinfreiheit der kleinen Kraftwagen bestehen. Auch das Vorfahrtsrecht und den Überholvorgang hat man neu geregelt. Wer sich von einem schnelleren Verkehrsteilnehmer, Kraftwagen, Straßenbahn u. v. überholen lassen will, hat ein Zeichen zu geben.

Im übrigen ist wie bisher daran festgehalten, daß Kraftfahrzeuge und Straßenbahnen vor anderen Verkehrsmitteln das Vorfahrtsrecht haben. Interessant ist ferner eine Regelung, die das Vorfahrtsrecht auf gewissen Straßen betrifft. Es soll nicht bleiben wie bisher, daß für manche Straßen, ungeachtet dessen wie groß der im Augenblick herrschende Verkehr auf ihnen ist ein ständiges Vorfahrtsrecht besteht, sondern es soll mit Ausnahme einiger weniger Hauptverkehrsstraßen von der Situation abhängen, wer die Kreuzung zuerst überquert. Auf den Straßen die von einer der weniger mit Vorfahrtsrecht getreut wird soll einige Meter vor der Straßentrennung ein Schild angebracht werden, daß die nächste Straße das Vorfahrtsrecht vor der be fahrenen hat.

Bedeutungsvoll für die Industrie ist die neue Vorschrift über die Beschaffenheit der Kraftfahrzeuge. Die zulässige Breite wird um einige Zentimeter erhöht; es fallen alle bisherigen Beschränkungen für Eigengewicht, Gesamtgewicht und Zuladung fort. Es gibt nur eine Begrenzung für den Raddruck, der wichtig für die Benutzung von Straßen ist. Entsprechend der Vorschrift für alle Verkehrsteilnehmer ist auch die Generalklausel für Kraftfahrzeuge formuliert: Fahrzeuge müssen so gebaut und ausgerüstet sein, daß ihr verkehrsmäßiger Betrieb niemanden schädigt oder mehr als unvermeidbar behindert oder belästigt.

Dr. Frick zur kommenden Reichsreform

DNB. Königsberg, 1. Juni. Reichsminister Dr. Frick, der kommende Woche nach Ostpreußen kommt, wird am kommenden Freitag im Rahmen des Festzuges gegen Kämpfer und Missetäter vor einer Massenversammlung sprechen. Das Königsberger Blatt stellte an Reichsminister Dr. Frick aus diesem Anlaß die Frage: Ist geplant, die Provinz Ostpreußen im Zuge der Neugliederung und des Neuaufbaues verwaltungsmäßig enger an das Reich zu ziehen? Der Reichsminister: Die künftige Organisation des Reiches steht noch nicht endgültig fest. Ich kann aber sagen, daß die Errichtung von Reichsgauen geplant ist, jedenfalls als Unterabteilungen des Reiches. Es besteht kein Zweifel, daß in diesem Falle die heutige Provinz Ostpreußen ein eigener Reichsgau werden und dadurch in unmittelbarer verwaltungsmäßiger Bindung zum Reich kommen wird.

Zimmern zufrieden sei, der Blick in den Park hinaus habe ihr hoffentlich gefallen. Gladys beobachtet ihn mit merkwürdig wachen, geschärften Sinnen, während sie ebenso lebenswürdig antwortete. Nein, der Mann war tatsächlich vollkommen unbefangen, kam gar nicht auf den Gedanken, daß diese Nacht... Die frohe Stimmung, in der sie die Treppe hinabgeklommen war, verflieg. Das war nicht Rücksicht gewesen, nicht ritterliche Schonung, aber was — was war es dann? Warum hatte er sie geheiratet?

Es war ein seltsames Morgenfrühstück für ein jungvermähltes Paar, da auf der Terrasse von Fernhof. Nach beendetem Frühstück entschuldigte sich Stephan: „Soldat aus Waldhauen hat angerufen, er will ein Pferd laufen und bittet mich um Rat, ich hoffe aber, zum Lunch bestimmt zurück zu sein. Vielleicht läßt du dir inzwischen die Pferde zeigen, mein alter Bogis ist ein besserer Führer, als ich es sein würde.“ Gladys nickte höflich Zustimmung, er verabschiedete sich und ging.

Sie blickte ihm nach, wie er die Terrassentreppe hinuntereilte, immer zwei Stufen auf einmal nehmend, mit den geschmeidigen Bewegungen des durchtrainierten Körpers. Ihr war ganz seltsam zumute, wo hatte sie doch dieses wunderliche Gefühl schon einmal kennengelernt. Halt! Jetzt wußte sie es. Als sie einmal mit Großvater auf einer Plantage im Bultangebiet zu Besuch war, da gab es in der Nacht ein Erdbeben. Nicht sehr stark, nicht so, daß man sich fürchten mußte, aber dieses immer wiederkehrende leichte Schwanken des Bodens gab doch zuletzt ein solches Gefühl der Unsicherheit, daß sie früher abreißen, als sie ursprünglich geplant hatten.

Und dasselbe jähere Gefühl der Unsicherheit hatte sie jetzt, nur war niemand mehr da, der sagte: „Komm, ich bringe dich fort.“ Sie stand ganz allein auf dem schwankenden Boden.

Das Gestüt Fernhof ist zahlenmäßig nicht sehr groß, aber bekannt durch das hervorragende Material, das dort gezüchtet wird. Der eigentliche Herrscher über den ganzen Pferdebetrieb ist der alte Bogis, vor dem Stephan selbst ebenbürtig Respekt hat wie der Trainer bis hinab zum jüngsten Stallburden. „Bogis hat mehr Pferdebestand im kleinen Finger als alle zusammen“, hatte der alte Freiherr

Jahresfeier der Verkündung der Deutschen Rechtsfront

Hamburg, 1. Juni. Reichsjuristenführer Dr. Frank führt auf der Jahresfeier der Verkündung der Deutschen Rechtsfront u. a. aus: Unser Führer ist für uns, weit hinausragend aus den Rahmen des sogenannten politischen Führertums der Zeiten und Zonen, der Erwecker einer neuen Geistes-, Kultur-, Seelen- und Tatgeschichte. In diesem Zusammenhang war es daher auch für das Recht der Deutschen eine historische Möglichkeit, im Anschluß an die politische Ideengestaltung des Nationalsozialismus und nur im engen Zusammenhang mit ihr endlich auch wieder dem deutschen Rechtsleben die seelisch-geistige Verbindung mit dem Volksganzen zu erkämpfen. Die Deutsche Rechtsfront war das äußere organisatorische Symbol dieses harten Willens nationalsozialistischer Kämpfer auf dem Gebiete des Rechts.

Auf den Sinn der Jahresfeier eingehend, betonte der Reichsjuristenführer: Die Gründung der Deutschen Rechtsfront ist die Gründung eines wiedererwachten deutschen Rechtslebens, einer wiedererwachten deutschen Rechtsbewußtheit um einer wiedererwachten deutschen Rechtschule, die uns mehr gelten als alles, was man uns an überfremdeten Methoden und Gedanken als Recht in Deutschland aufzuzupieren zu können glaubte. Diese deutsche Rechtschule, die jetzt angebrochen ist wird getragen von dem nationalsozialistischen Kampferum und von der Jugend. Dieses Rechtsleben kann nur verwirklicht werden, wenn es die deutsche Rechtspflege und die deutsche Volksseele wieder vereint. Ein Jahr organisatorischer Arbeit liegt heute hinter uns und wir können feststellen, daß die deutschen Juristen mit Leidenschaft dem Appell des Führers zur Mitarbeit und zum Mitkämpfen gefolgt sind. Ich danke an dieser Stelle allen deutschen Rechtsdienern für ihre flammende Begeisterung mit der sie sich um die Aufgabe des Deutschen Reiches nationalsozialistischer Prägung gekämpft haben. Ich danke ihnen im Namen des Führers, der mit unübertroffener Begabung gerade auch die Deutschen Rechtsfront steht heute neben der Deutschen Arbeitsfront, dem Reichsnährstand, der Reichssturmtammern als ständige Gliederung des deutschen Rechtsstaates da.

Der deutsche Jurist muß positiv wirken an der sozialen Gestaltung unseres Volkslebens und darum mußte auch der Begriff als solcher geläutert werden. Der alte Begriff, der viel zu eng war, konnte niemals in die breiten Volksmassen dringen. Wir haben daher gekämpft mit den schematischen Voraussetzungen. Der Begriff des Rechtsdieners ist der unmaßstablos. Heute steht das einheitliche, mächtige Gebilde einer Sammelorganisation der Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Referendare, Wirtschaftsprüfer, Notare und juristischen Hochschullehrern geschlossen vor uns. Eine solche Einheit des Standes hat es in Deutschland noch nie gegeben und sie beliebt auch sonst nirgends in der Welt. Wir sind die größte, härteste und geschlossenste Juristenorganisation, die es auf der Erde gibt. So glaube ich, daß wir in das neue, zweite Jahr der Deutschen Rechtsfront mit Vertrauen eintreten können. In diesem zweiten Jahr wird von uns als Leitthema zu behandeln sein die Durchsetzung der Rechtsgedanken des Nationalsozialismus auf allen Gebieten des völkischen Lebens. Die Rechtsfront tritt nunmehr geschloffen in die Arena und wird den Kampf um die endgültige Vereinigung aller gerügten Zustände im Rechtsleben mit allem Nachdruck in Angriff nehmen. Das kommende Jahr der Rechtsfront wird vor allem ein leidenschaftliches Ringen des deutschen Rechtsstaates um die Rechtsgrundlagen der Nation auf den nationalen Gebieten and nach außen hin sein. Der Kampf um die Saat ist ein Kampf um das Recht! Wir werden mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß der weiten Welt der Rechtsdenker aller Länder die klaren völkerrrechtlichen Grundzüge unserer Ansprüche bekannt werden. Wir deutschen Juristen betonen uns vor der ganzen Welt zum Führer. Das deutsche Recht ist ewig. Die Gesetze und Verordnungen sind vergänglich. Das ewig deutsche Recht ist unser Ziel!

Die deutschen Reiter in Warschau

Kranzniederlegungen der Deutschen.

DNB. Warschau, 1. Juni. Die deutschen Reiter, die am 7. Internationalen Reitturnier in Warschau teilnehmen werden, legten am heutigen Freitag vormittag am Grabe des Unbekannten Soldaten einen Kranz mit den Reichsfarben nieder. Die Kranzniederlegung fand in Anwesenheit von Armeevertretern statt. Dabei wurden die polnische Nationalhymne und das Deutschlandlied gespielt. Eine große Zuschauermenge wohnte bei.

von ihm gesagt; der Erfolg gab ihm recht, denn der Ruf der Fernhofer Jucht ging weit über die deutschen Grenzen hinaus. Der Triumph des Stalles war aber „Goldlilie“, die fünfjährige Zuchstute. Eigentlich hätte der Goldfuchs dem Brauch gemäß einen Namen führen sollen, der zu dem Namen der Mutter und ihrer Jucht Beziehung hatte, aber vor einem Jahre ungeführt hatte Stephan plötzlich befohlen, die Stute auf den Namen „Goldlilie“ umzutauften, und der alte Bogis hatte sich brummend fügen müssen. Doch der neue Name war nach den ersten Erfolgen in der Reiterwelt bald populär geworden, die Stute verfügte über ein erstaunliches Springvermögen, wenn sie auch schwer zu reiten war. Sie duldete außer Stephan, den sie als Herrn anerkannte, nur den Bereiter Fritz im Sattel, einen jungen Bengel, der als besonderes Kennzeichen so viel Sommerproffen hatte, daß man sich immer wieder wunderte, wie sie alle auf einem Menschengefüß Platz fanden. Nebenbei betrachtete er Goldlilies Pflege als eine absolut ausreichende Lebensaufgabe und war für anderes nicht zu brauchen. Dafür betreute er aber auch die Stute wie eine Mutter ihr Kind.

Gladys schreitet mit dem alten Bogis durch die Ställe. Erst ist der Alte sehr still und antwortet nur, wenn er gefragt wird, mit einem höflichen „Jawohl“ oder „nein, Frau Baronin“, aber dann merkt er an den Fragen, daß die Frau neben ihm nicht nur Interesse, sondern auch ein außergewöhnliches Verständnis für Pferde hat. Damit ist der Bann gebrochen, und er fängt an, von sich aus zu erzählen. Er zeigt ihr die beiden schweren Oldenburger, die seit langem das Gnadenbrot bekommen, „der alte gnädige Herr ist noch damit gefahren, nur wenn er nach Hannover oder noch weiter wollte, benutzte er das Auto, für kleine Strecken fuhr er immer lieber mit Pferden“, erklärt er. Dann kommt der Stall der Reitpferde. „Die gehen weg, wie warme Semmeln, was unser Herr eingeritten hat, laßt jeder gern“, und dann — in einem beinahe luxuriösen Separatstall — „Goldlilie“, der Stolz von Fernhof. In der Rebenbox steht der brave Wallach „Riese“, ein älterer, ruhiger Herr, der als einziger von „Goldlilie“ in engerer Nachbarschaft geduldet wird.

(Fortsetzung folgt.)